

Arbeitsgemeinschaft Europäischer Grenzregionen (AGEG)  
Asociación de Regiones Fronterizas Europeas (ARFE)  
Association des régions frontalières européennes (ARFE)  
Association of European Border Regions (AEBR)  
Comunità di lavoro delle regioni europee di confine (AGEG)  
Europæiske grænseregioners Arbejdsfællesskab (AGEG)  
Werkgemeenschap van Europese grensgebieden (WVEG)  
Associação das Regiões Fronteiriças Europeias (ARFE)  
Σύνδεσμος Ευρωπαϊκών Συνοριακών Περιφερειών (ΣΕΣΠ)  
Stowarzyszenie Europejskich Regionów Granicznych (SERG)



## „PARTNERSCHAFT IM GRENZENLOSEN EUROPA“

### *Elektronischer Newsletter der AGEG – März 2005*

*Dieser Newsletter der Arbeitsgemeinschaft Europäischer Grenzregionen (AGEG) soll etwa vierteljährlich die neusten Nachrichten über die AGEG, die Zusammenarbeit in den Grenz- und grenzübergreifenden Regionen in Europa und die Kooperation mit den europäischen Institutionen und Verbänden, den Grenzregionen und ihren Freunden übermitteln.*

*Er wird in englischer, französischer und deutscher Sprache verbreitet (Auflage 1600).*

\*\*\*\*\*

### **Präsident Lambert van Nistelrooij: Große Fortschritte 2004 – wichtige Aufgaben 2005 – AGEG 2005-2013 wichtiger Partner in der politischen Debatte:**

Zu Jahresbeginn 2005 betonte der Präsident, dass im Jahr 2004 große Fortschritte in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit erzielt werden konnten. Zunächst blieb die grenzübergreifende Zusammenarbeit im dritten Kohäsionsbericht der Europäischen Kommission als eine der vier Hauptzielsetzungen erhalten. Noch höher ist zu bewerten, dass in der zukünftigen europäischen Kohäsions- und Regionalpolitik ab 2007 die territoriale Kooperation zu den drei ausdrücklich genannten politischen Prioritäten zählen soll. Schließlich gelang es in der Konferenz der Staats- und Regierungschefs im Sommer 2004 sozusagen "in allerletzter Minute", die grenzübergreifende Zusammenarbeit ausdrücklich im europäischen Verfassungsvertrag zu verankern. Damit sind die Grundlagen für eine erfolgreiche Arbeit in der Zukunft gelegt.

Im Jahr 2005 will die Arbeitsgemeinschaft Europäischer Grenzregionen (AGEG) deshalb ihr besonderes Augenmerk auf die Diskussionen über die Verordnungen zur europäischen Kohäsions- und Regionalpolitik richten. Denn in diesen Dokumenten werden für den Zeitraum 2007 bis 2013 festgelegt:

- die allgemeinen regionalpolitischen Rahmenbedingungen,
- die Mittelverteilung für die grenzübergreifende Zusammenarbeit,

- die Rahmenbedingungen für die Ausarbeitung und Umsetzung von Programmen zu Gunsten der grenzübergreifende Zusammenarbeit,
- die Prinzipien der Partnerschaft und Subsidiarität, die für den Erfolg grenzübergreifender Programme so wichtig sind.

Besonderen Nachdruck will die AGEG auf eine qualitative Verbesserung in diesen grenzübergreifenden Programme legen, damit:

- die Programme tatsächlich gemeinsam erstellt und umgesetzt werden,
- es zu tatsächlich grenzübergreifenden Projekten kommt, bei denen sich Partner von beiden Seiten der Grenze organisatorisch, inhaltlich, personell und finanziell beteiligen.

Die Erfahrungen mit den bisherigen INTERREG-Programmen zeigen eindeutig, dass kleine, regionsspezifische Programme am erfolgreichsten sind, vor allem wenn sie auf regionaler/lokaler Ebene durch Euroregionen umgesetzt werden, in Partnerschaft mit den nationalen Regierungen.

Eine dezentralisierte Durchführung der Programme mit einem konkreten Finanzmanagement macht es aber unerlässlich, dass grenzübergreifende Strukturen eine juristische Persönlichkeit besitzen und auch haften können. Mit besonderer Aufmerksamkeit nimmt die AGEG deshalb teil an den Diskussionen um ein zukünftiges EU-Rechtsinstrument zur dezentralisierten grenzübergreifenden Zusammenarbeit.

Weitere Schwerpunkte der Diskussionen in der AGEG im Jahre 2005 sind unter anderem: die Probleme der Grenzgebiete im Mittel- und Osteuropa, die Transeuropäischen Netze, Europäische Raumentwicklung, grenzübergreifende Innovations-, Technologie-, Umwelt- und Tourismuspolitik.



***Dialog der europäischen Regionalorganisationen mit dem Präsidenten der Europäischen Kommission, Herrn Barroso unter dem Vorsitz des Präsidenten des Ausschusses der Regionen Dr. Straub (24.02.2005):***

Der Präsident der AGEG, Herr Lambert van Nistelrooij, sprach zu dem Thema „Kohäsionspolitik und Finanzen“.

- Die AGEG unterstützt mit allem Nachdruck die Kommissionsvorschläge:
  - zu drei politischen Prioritäten, insbesondere die grenzübergreifende Zusammenarbeit,
  - zum Finanzrahmen.
- Der dritte Kohäsionsbericht wurde auch vom Rat der Europäischen Staats- und Regierungschefs verabschiedet. Dies muss ausreichend finanziert werden.

- Kohäsions- und Regionalpolitik ist eine wesentliche EU-Aufgabe. Die Resultate, vor allem auch bei der grenzübergreifenden Zusammenarbeit, waren bisher gut.
- Im finanziellen Rahmen sind auch die Folgen des Beitritts von Rumänien und Bulgarien zu beachten.
- Die Herausforderung für die Jahre nach 2007 besteht darin, für eine erweiterte EU verbesserte, flexible Politiken für Strukturfonds, Kohäsions- und Gemeinschaftsinitiativen zu entwickeln, die trotz sachlicher und finanzieller Prioritäten den vielfältigen Interessen der gesamten Europäischen Union gerecht werden.
- Kohäsionspolitik ist ein Mehrwert an sich, sie dient den Interessen der gesamten Gemeinschaft und gilt für die gesamte EU. Es geht nicht nur um eine Mittelverschiebung bzw. Konzentration zugunsten der ärmsten Regionen.
- Eine Konzentration der Kohäsions- und Regionalpolitik nur auf die Prioritäten Wirtschaft, Wachstum und Beschäftigung birgt große Gefahren in sich:
  - Der politische Konsens über die Notwendigkeit einer europäischen Kohäsionspolitik wird in Frage gestellt, wenn nur von Konvergenz zwischen den Staaten und nicht zwischen Regionen mit niedrigem Einkommen gesprochen wird.
  - Wirtschaftliche Entwicklung und Wachstum nur auf nationaler Ebene zu messen und nicht auch auf regionaler Ebene, wird der Vielfalt in Europa nicht gerecht. Wachstum auf nationaler Ebene bringt nicht automatisch auch Wachstum in benachteiligten Regionen mit sich.
- Die regional/lokale Ebene ist stärker als bisher zu beteiligen, vor allem bei der Umsetzung von EU-Programmen.
- Die EU sollte sich beschränken auf die strategischen Leitlinien und die Kohärenz von Programmstrategien mit der Kohäsionspolitik. Alle anderen wichtigen Angelegenheiten sollten von der regional/lokalen Ebene in Partnerschaft mit der nationalen und europäischen Ebene sowie den Sozialpartnern verwirklicht werden.
- Die regional/lokalen Gebietskörperschaften müssen an der Definition der Zielsetzungen, dem Management der EU-Programme und Mittel sowie der Überwachung der Resultate direkt und verantwortlich mitwirken (eine bisherige Schwäche bei der Umsetzung des Partnerschafts- und Subsidiaritätsprinzips).
- Eine deutliche Verwaltungsvereinfachung und organisatorische Effizienzverbesserung der Abläufe bleibt unumgänglich.
- Regionen mit speziellen Problemen (z. B. maritime Regionen, Berggebiete, Grenzgebiete) sind besonders zu berücksichtigen.
- Im Neighbourhood Programm muss die Kooperation nach gleichen Spielregeln verlaufen (gemeinsames Programm, Management, Finanzierung) wie in der EU.

- Wir brauchen ein EU-Rechtsinstrument zur dezentralisierten Zusammenarbeit zwischen Gebietskörperschaften.
- Grenzübergreifende Zusammenarbeit bedeutet: europäischer Mehrwert, politischer Mehrwert, institutioneller Mehrwert, wirtschaftlicher und soziokultureller Mehrwert.
- Darüber hinaus ist grenzübergreifende Zusammenarbeit in erster Linie ein europäisches Ziel und eine politische Aufgabe der EU.
- Bei der Umsetzung der Lissabon-Strategie und der Kohäsions- und Regionalpolitik gibt es eindeutige EU-Prioritäten, die oft keine nationalen Anliegen sind. In diesem Falle muss die EU bei der Umsetzung Schwerpunkte setzen können, die von nationaler Ebene nicht mehr verändert werden können, (z. B. Förderung aller Grenzgebiete, Unterstützung aller Regionen in der territorialen Kooperation).
- Die Europäische Union lebt von der Solidarität der lokalen, regionalen und nationalen Ebenen untereinander. Wenn Transfer zu den ärmsten Regionen stattfinden soll, muss den angeblich „reichen“ Regionen die Gelegenheit geboten werden, sich auch weiter zu entwickeln. Denn dort wird das Geld für den Transfer verdient.
- Wachstum und Beschäftigung entstehen, wenn sich Regionen entsprechend ihren speziellen Chancen entwickeln und ihre Probleme überwinden können. Es sind deshalb in den armen Regionen ganz andere Maßnahmen notwendig wie in den weiter entwickelten Gebieten.

**Treffen mit Frau Kommissarin Danuta Hübner, Vorstellung des neuen Präsidenten Herrn Lambert van Nistelrooij (15.02.2005):**



Hauptgesprächspunkte waren:

- Lissabon-Strategie,
- EU-Rechtsinstrument,
- Verordnungen zu Kohäsions- und Regionalpolitik,
- EU - Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstrument sowie Vorbeitrittsprogramm.

**Teilnahme an der VRE-Veranstaltung zum EU-Rechtsinstrument** mit Vorstellung der Arbeiten der AGEG (Studie für den Ausschuss der Regionen, Studie für die Europäische Kommission).

Diskussion mit Abgeordneten des Europäischen Parlamentes und Vertretern der Rechtsabteilung der EU.

**Treffen des Präsidenten Lambert van Nistelrooij und des Generalsekretärs Jens Gabbe mit Herrn Elmar Brok, Vorsitzender des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten des Europäischen Parlamentes (04.01.2005):**



Die wichtigsten Gesprächspunkte waren:

- Zusammenarbeit des Ausschusses mit der AGEG in den nächsten beiden Jahren,
  - Stellungnahme der AGEG im Ausschuss für konstitutionelle Fragen,
  - Idee eines Grenzbeauftragten des EP,
- Möglichkeit der Entsendung von Experten mit Hilfe der EU nach Mittel- und Südamerika sowie Afrika, da von dort verstärkt Anfragen zur Unterstützung der grenzübergreifenden Zusammenarbeit kommen,
  - Zusammenarbeit der Berichterstatter im Ausschuss für Auswärtige Angelegenheiten und im Regionalausschuss zu Fragen der EU - Nachbarschafts- und Partnerschafts- sowie Vorbeitrittsprogramme und der EU-Verordnungen zu Kohäsions- und Regionalpolitik.

**Diskussion im „Konstitutionellen Ausschuss des Europäischen Parlamentes“ auf Einladung des Vorsitzenden Jo Leinen über die Europäische Verfassung, die zukünftige Rolle der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften im Rahmen der Verfassung sowie die Begleitung, Ratifizierung und Umsetzung (Dez. 2004).**

Lambert van Nistelrooij, Präsident der AGEG, Mitglied des Europäischen Parlamentes, sprach zu folgenden Hauptpunkten:

- Das Europäische Parlament wird gebeten bei der Umsetzung des Europäischen Verfassungsvertrages eine permanente Kontrollfunktion zu übernehmen.
- Dies gilt insbesondere für:
  - die Überwachung der Umsetzung des Subsidiarität- und Partnerschaftsprinzips,
  - die Klärung der Kompetenzverteilung,
  - demokratische Kontrolle der EU,
  - die Stärkung der Rolle der regionalen und lokalen Gebietskörperschaften.

Diese Punkte sind Grundvoraussetzung für erfolgreiche grenzübergreifende Zusammenarbeit, die vor allem von der regionalen und lokalen Ebene getragen wird.

- Die besonderen Probleme der Grenzregionen sind auf der Konferenz der Staats- und Regierungschefs im Juli 2004 im letzten Moment in den Europäischen Verfassungsvertrag aufgenommen worden (III-Art. 220). Diese Tatsache muss bei der Umsetzung in EU-Politiken Berücksichtigung finden (z.B. bei EU-Verordnungen, die sich unter anderem „mit Gebieten mit besonderen Problemen“ beschäftigen).

- Das Europäische Parlament wird um einen regelmäßigen Dialog mit den Europäischen Regionalorganisationen gebeten (im Zusammenhang mit der Umsetzung des Europäischen Verfassungsvertrages, aber auch mit anderen regionsspezifischen Themen und Politikbereichen).
- Für die Grenzregionen wäre es sehr hilfreich, wenn das Europäische Parlament (nach skandinavischem Vorbild) einen hochrangigen und europaweit bekannten Politiker (aktiv oder inaktiv) als Grenzbeauftragten benennen könnte, der sich um alltägliche Grenzprobleme kümmert, die trotz des Europäischen Binnenmarktes überall in Europa weiterbestehen, bzw. durch neue nationale Gesetze neu entstehen.

### **Reform der Kohäsionspolitik: positiver Effekt erwartet**

Zwei aktuelle Studien der EU befassen sich mit den voraussichtlichen Auswirkungen der von der Europäischen Kommission vorgeschlagenen Reform der Kohäsionspolitik.

Mehr: ESRI-Studie:

[http://europa.eu.int/comm/regional\\_policy/sources/docgener/studies/pdf/3cr/macro\\_impact.pdf](http://europa.eu.int/comm/regional_policy/sources/docgener/studies/pdf/3cr/macro_impact.pdf)

EPRC-Studie: [http://www.eprc.strath.ac.uk/eprc/publications\\_downloads.htm](http://www.eprc.strath.ac.uk/eprc/publications_downloads.htm)

### **Territoriale Kohäsion und Stadtpolitik: Ministertagung in Rotterdam (30.11.2004)**

Kommissarin Danuta Hübner sprach auf der Tagung der für Regionalpolitik und/oder Stadtpolitik zuständigen Minister, die am 29. und 30. November in Rotterdam (Niederlande) stattfand. Sie hob hervor: „Wir können nicht so tun als gäbe es keine territorialen Unterschiede. Sie beeinträchtigen die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft erheblich. Im Kontext der Lissabon-Strategie müssen wir nicht nur diese Ungleichgewichte verringern, sondern uns auch die territorialen Besonderheiten (Insellage, Reliefs, Grenzgebiet usw.) zu Nutzen machen“. Mehr:

<http://europa.eu.int/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/04/141&typ=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

### **Förderung der ländlichen Entwicklung in der EU von 2007 bis 2013**

Am 20. September 2004 wurde der Kommissionsvorschlag zur Neustrukturierung der EU-Unterstützung für die Entwicklung des ländlichen Raumes (KOM (2004) 490) auf einer Sitzung der Fachkommission für nachhaltige Entwicklung des Ausschusses der Regionen näher vorgestellt. Parallel zur Reform der Kohäsionspolitik wird momentan auch die Agrarpolitik im Allgemeinen und die Entwicklung des ländlichen Raumes im Besonderen neu strukturiert, wozu künftig ein „Europäischer Garantiefonds für Landwirtschaft“ und ein „Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes (ELER)“ zum Einsatz kommen sollen. Ein wesentlicher Bestandteil der Reform der europäischen Landwirtschaftspolitik ist die Neuausrichtung innerhalb des ELER auf drei Schwerpunkte

beziehungsweise „Achsen“ für die jeder Mitgliedstaat folgende Mindestbeträge vorsehen soll:

- 15% für die Unterstützung der Wettbewerbsfähigkeit der Land- und Forstwirtschaft;
- 25% für Umwelt- und Raumordnungsinitiativen;
- 15% für die Verbesserung der Lebensqualität und die Diversifizierung der ländlichen Wirtschaft;
- 7% für den so genannten „Leader-Ansatz“.

Insgesamt sollen sich nach den Vorstellungen der Europäischen Kommission die finanziellen Fördermittel für die sieben Jahre auf 95,75 Milliarden EURO belaufen.

Mehr: [http://europa.eu.int/comm/agriculture/capreform/rurdevprop\\_de.pdf](http://europa.eu.int/comm/agriculture/capreform/rurdevprop_de.pdf)

### ***ARL-Studie: Was leistet die EU-Strukturförderung für die Regionalentwicklung?***

Die ARL (Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Hannover 2004) fordert „einen neuen Strategiemix für die Strukturpolitik!“ „Im Zuge ihrer Erweiterung sieht sich die EU nicht nur vor großen organisatorischen Herausforderungen, sondern auch unter dem Zwang, ihre Ziele angesichts insgesamt stagnierender beziehungsweise schwindender Finanzspielräume mit höherer Wirtschaftlichkeit zu erreichen. Die hier erforderlichen Anregungen sind am Leitprinzip der Subsidiarität orientiert und tragen dem wirtschaftlichen Mitteleinsatz besonders Rechnung. Durch

- die Rückführung der Förderkomplexität,
- die Pauschalierung von strukturgerichteten Investitionshilfen,
- die Dezentralisierung von Programmmanagement und -verwaltung sowie
- die regionale Vernetzung strukturpolitischer Aktivitäten

kann eine stärkere Orientierung an den regionalen Entwicklungsbedürfnissen und Entwicklungspotenzialen mit mehr Wirtschaftlichkeit verknüpft werden. Im engeren Sinne lenkende Eingriffe sind auf Projekte mit nachweisbarem europäischen Mehrwert (grenzüberschreitende Wirkungsexternalitäten) zu beschränken. Dieser skizzierte Strategiemix wäre nicht nur aus gesamteuropäischer Perspektive sinnvoll. Er würde auch helfen, den Nutzen der EU-Strukturförderung in den nach der EU-Erweiterung nicht mehr primär begünstigten Ländern und Regionen zu sichern.“

### ***INTERREG III in der Schweiz in Vergangenheit und Zukunft***

Was hat INTERREG III seit dem Start im Frühjahr 2000 in der Schweiz bewirkt, und wie geht es mit der territorialen Zusammenarbeit in Europa nach 2006 weiter? Diese beiden Fragen standen im Zentrum der Nationalen INTERREG-Tage in Lugano von Ende November 2004.

In der aktuellen Ausgabe des elektronischen INTERREG-Newsletters finden Sie eine Zusammenfassung der Tagungsergebnisse. Zwei Beiträge befassen sich außerdem mit den Perspektiven für die transnationale und in der regionalen Zusammenarbeit ab 2007. Über



das Geschehen an der Basis informieren Kurzbeiträge zu Projekten aus allen drei Ausrichtungen von INTERREG.

Mehr: <http://interreg.ch/index.php>

### ***Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss: „Die Durchführung der Lissabon-Strategie verbessern“***

Der Europäische Rat hat im März 2004 den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) gem. Art. 262 des EG-Vertrags, im Rahmen einer Halbzeitbewertung aufgefordert, zu prüfen, wie man "die Durchführung der Lissabon-Strategie verbessern kann". Der Wirtschafts- und Sozialausschuss hat seine Stellungnahme Ende Oktober 2004 vorgelegt und darin folgende Anregungen gegeben:

- Die Mitgliedstaaten müssen sich die Strategie zu Eigen machen;
- Stärkung des Wachstums und des Zusammenhalts;
- Effizientere Umsetzung des Binnenmarktes ;
- Förderung von Innovation und Qualität;
- Neugestaltung der Sozialpolitik;
- Förderung von Forschungspartnerschaften zwischen dem privaten und dem öffentlichen Sektor;
- Aktiverer Umweltschutz;
- Die Unterstützung der Unionsbürger einwerben.

Die Umsetzung der Lissabon-Strategie erfordert eine schlüssige und klare Politik sowohl auf Gemeinschaftsebene als auch in den Mitgliedstaaten und Regionen. ECO/153, Brüssel, d. 27. 10. 2004. Mehr: [www.esc.eu.int](http://www.esc.eu.int)

### ***Programm der luxemburgischen Ratspräsidentschaft***

Die derzeitige luxemburgische Ratspräsidentschaft sieht – im Gegensatz zur vorhergehenden niederländischen Präsidentschaft – in ihrem Programm keine tiefer gehende Thematisierung der Regionalpolitik vor. Auch die von den Niederlanden forcierte städtische Dimension spielt keine Rolle. Ein großer Schwerpunkt liegt auf den Themen der Lissabon-Agenda sowie auf der Förderung globaler Stabilität und Wohlstand.

Im Rahmen der Lissabon-Agenda und der damit verbundenen Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit zielt die momentane Präsidentschaft darauf ab, Innovationen, Unternehmung, Forschung und Bildung zu fördern. Insbesondere soll die europäische Charta für kleine Unternehmen weiterentwickelt und eine Einigung über das Programm „Lebenslanges Lernen“ (2007 bis 2013) erzielt werden.

Das vollständige Programm der luxemburgischen Ratspräsidentschaft kann in englischer Sprache unterfolgendem Link abgerufen werden:

[http://www.eu2005.lu/en/presidence/priorites\\_et\\_pgm/programme\\_pres/Operational\\_programme\\_2005.pdf](http://www.eu2005.lu/en/presidence/priorites_et_pgm/programme_pres/Operational_programme_2005.pdf)





**Treffen mit dem Berichterstatter des Regionalausschusses zum EU-Rechtsinstrument für grenzübergreifende Zusammenarbeit, Herrn Jan Olbrycht, MEP (04.01.2005):**

Es wurde über den aktuellen Stand der Diskussion mit den Mitgliedsstaaten informiert sowie notwendige Verbesserungsvorschläge beim Rechtsinstrument besprochen.

**Erste Besprechung der Berichtsentwürfe zur Kohäsions- und Regionalpolitik der EU im Regionalausschuss des Europäischen Parlamentes (19.01.2005):**

Der Präsident und der Generalsekretär trafen sich mit den einzelnen Berichterstattern und übergaben die Stellungnahmen der AGEG. Es wurde für die nächsten Wochen eine möglichst enge Kooperation vereinbart.

Bei einem weiteren Treffen mit Jan Olbrycht, Berichterstatter im Europäischen Parlament für das EU-Rechtsinstrument, wurden insbesondere Fragen der Aufgaben eines grenzübergreifenden Verbandes und der Haftung besprochen. Auch die Rolle der Mitgliedsstaaten stand im Mittelpunkt der Gespräche.

**Besprechung mit Frau Elisabeth Schroedter, Mitglied des Europäischen Parlamentes im Regionalausschuss, über die Entwurfsverordnungen zur Kohäsions- und Regionalpolitik sowie über das Rechtsinstrument (19.01.2005):**

Frau Schroedter informierte sich ausführlich über die besonderen Wünsche der Grenz- und grenzübergreifenden Regionen und versprach, nach Prüfung von Einzelfällen Unterstützung der Anliegen, auch beim Rechtsinstrument.

**Treffen der europäischen Regionalorganisationen mit dem Ausschuss der Regionen zur Verabredung inhaltlicher Schwerpunkte für das Jahr 2005 (24.01.2005):**

Insbesondere ging es um das Treffen mit Kommissionspräsident Barroso am 24. Februar, die gemeinsame Konferenz des Europäischen Parlamentes und des Ausschusses der Regionen zur Kohäsionspolitik und Finanzen sowie zum „European Summit of Regions & Cities“ in Wrocław/Polen im Mai 2005.

**Solidarity for Development: More Cohesion, More Cross-Border Co-operation and Neighbourhood Policy in the Mediterranean (26.01.2005):**

Die AGEG nahm auf Einladung des Präsidenten Cuffaro, Region Sizilien, an dieser Veranstaltung teil und erläuterte ausführlich die vielfältigen Chancen im Mittelmeerraum, die sich ab 2007 sowohl für eine maritime grenzübergreifende, interregionale und transnationale Kooperation eröffnen. Es sind entscheidende Verbesserungen zu erwarten.

**Erste Besprechung des Entwurfes einer Stellungnahme zum Europäischen Rechtsinstrument durch den Berichterstatter Jan Olbrycht im Regionalausschuss des Europäischen Parlamentes (31.01./01.02.2005):**

Treffen des Generalsekretärs der AGEG Jens Gabbe mit dem Berichterstatter Jan Olbrycht zwecks Abstimmung der Stellungnahme und Klärung offener Fragen.

**Treffen des Generalsekretärs mit dem Leiter der ständigen Vertretung der Region Sizilien in Brüssel, Herrn Francesco Attaguile, zu Fragen der maritimen Kooperation mit dem Ziel einer gegenseitigen Abstimmung (14.02.2005).**

**Veranstaltung „Tourismus braucht Kultur! ...braucht Kultur auch Tourismus?“ in der Kunsthalle in Emden (17.02.2005):**

Im Mittelpunkt der Veranstaltung standen ein „fröhliches Streitgespräch“ um Kultur als Wirtschaftsfaktor in der grenzübergreifenden Ems Dollart Region und eine Führung durch die neue Ausstellung „**Gerhard Richter: Printed!**“ aus Anlass des 60. Geburtstages von Herrn Dr. Reinhold Kolck, Vizepräsident der AGEG.

**Einladung der Kommissarin Danuta Hübner zur EU-Konferenz „Kohäsion und die Lissabon Agenda: Die Rolle der Regionen“ (03.03.2005):**

Der Präsident Lambert van Nistelrooij spricht in dieser Veranstaltung.

**AGEG-Präsidiumssitzung in Gorizia/Friuli-Venezia-Giulia, Italien (04./05.03.2005)**

Wichtige Inhalte:

- Kohäsions- und Regionalpolitik 2007 – 2013,
- EU-Rechtsinstrument zur grenzübergreifenden Zusammenarbeit,
- Nachbarschafts- und Partnerschaftsprogramm der EU,
- Maritime Kooperation – speziell Mittelmeer und Ostsee,
- Förderung der ländlichen Entwicklung 2007 – 2013 in Grenzregionen,
- Weißbuch der Europäischen Grenzregionen.

**Einmalig in Europa: eine nationale Autobahn grenzübergreifend finanziert**

Die Autobahn A31-Emslandlinie verläuft parallel zur niederländischen Grenze auf deutschem Boden vom Ruhrgebiet durch das Münsterland in Nordrhein-Westfalen und das Emsland in Niedersachsen bis zur Nordseeküste. Schrittweise konnte der Bau der Autobahn vom Ruhrgebiet nach Norden seit den 70er Jahren von der Küste nach Süden realisiert werden. Es verblieb aber noch eine Lücke von 42 Kilometern, deren Finanzierung kurzfristig nicht möglich war. Deshalb kam es zu einer beispielhaften regionalen grenzübergreifenden Initiative und Finanzierung einer deutschen Autobahn. Neben den Bundesmitteln von deutscher Seite wurden 12 Millionen EURO von angrenzenden niederländischen Provinzen

eingesetzt. Die verbleibende Finanzierungslücke wurde von den niederländisch-deutschen Mitgliedern der EUREGIO und der Ems Dollart Region, den Kreisen und Städten sowie den niederländischen Provinzen und der deutschen und niederländischen Wirtschaft geschlossen: Ein einmaliges grenzübergreifendes Finanzierungsmodell, dass die Fertigstellung dieser Autobahn Ende 2004 um fast zehn Jahre verkürzte. Mehr dazu: [www.aebr.net](http://www.aebr.net)

***Neuer Direktor und neues Logo für das nordeuropäische Forschungsinstitut Nordregio in Stockholm (01.02.2005)***

Neuer Direktor von Nordregio ist ab 1. Februar 2005 **Ole Damsgaard**. Er hat bisher zehn Jahre lang das Dänische Stadtplanungsinstitut geleitet und vorher bei der regionalen Planungsstrategie der Provinz von Roskilde und der von Groß-Kopenhagen mitgewirkt. Nordregio erhält gleichzeitig ein neues Logo: ‚Nordic Star‘.

***Nordischer Ministerrat: Bericht über die regionale grenzübergreifende Kooperation mit den Baltischen Staaten***

Der Nordische Ministerrat hat Ende des Jahres 2004 einen Bericht über die grenzübergreifende Zusammenarbeit skandinavischer Länder mit den baltischen Staaten und mit Nordwestrussland herausgegeben. Mehr: <http://www.norden.org/topofeurope/>

***Grenzübergreifendes Integriertes Küstenzonenmanagement (IKZM) in der Odermündungsregion (05/2004-04/2007)***

Gemäß der EU-Empfehlung zur Umsetzung einer Strategie für ein integriertes Management für die Küstengebiete in Europa (2002/413/GG), hat das Leibniz-Institut für ökologische Raumentwicklung e.V. Dresden (IÖR) sich in diesem Rahmen zum Ziel gesetzt, anhand des deutsch-polnischen Gebietes der Odermündung am Stettiner Haff zu demonstrieren, wie das IKZM praktisch umgesetzt werden und maßgeblich zur Entwicklung einer gemeinsamen zweistaatlichen IKZM-Strategie beitragen kann.

Mehr: <http://www.ikzm-oder.de>

***EP- und AdR-Konferenz: „Die Zukunft der Kohäsionspolitik und ihre Finanzierung“, Brüssel, 6. April 2005***

Die großen europäischen Regionalorganisationen, darunter auch die AGEK, werden auf dieser Konferenz des Europäischen Parlaments und des Ausschusses der Regionen eine aktive Rolle spielen.

Mehr: [www.aebr.net](http://www.aebr.net)

***Politisches Forum der AGEG und der Region Extremadura: „Das neue EU-Rechtsinstrument zur übergreifenden Zusammenarbeit“, 28./29. April 2005 in Mérida/Extremadura (Spanien)***

Die AGEG führt zusammen mit der Region Extremadura Ende April ein Politisches Forum zum neuen EU-Rechtsinstrument durch. Politiker und Verwaltungsfachleute aus vielen Teilen Europas werden auf dieser Konferenz ihre praktischen Erfahrungen mit neuen Rechtsinstrumenten austauschen und dabei besonders die Situation der Region Extremadura an der spanisch-portugiesischen Grenze berücksichtigen.

Mehr: [www.aebr.net](http://www.aebr.net)

\\server\daten\DATA\334 AGEG\Publikationen\Newsletter\Wr 5\MarchFinalDT.doc